

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950

198 (9.9.1950)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 1,90 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2,20, im Verlag abgeholt 1,90 DM

Badischer Landemann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.)
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsraten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 9. September 1950

9tc. 198

Ehard Präsident des Bundesrats

Arnold, Reuter, Kaisen und Wohleb Vizepräsidenten - Debatte über Versorgungsgesetz

Bonn (UP). Mit der einstimmigen Wahl des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard (CSU) zum neuen Präsidenten des Bundesrates begann die Vertretung der Länder im Bonner Parlament das zweite Sitzungsjahr seit Bestehen der Bundesrepublik.

Vor Beginn der gesetzgeberischen Arbeit dankte Dr. Ehard seinem Vorgänger Arnold für die geleistete Arbeit. Arnold wurde zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Der Berliner Oberbürgermeister Reuter bekleidet das Amt eines zweiten, der Bremer Senatpräsident Kaisen das eines dritten und der sächsische Staatspräsident Wohleb den Posten eines vierten Vizepräsidenten.

Der Bundesrat widmete den größten Teil seiner Beratungen im Anschluß an die Wahl des neuen Präsidenten seiner Stellungnahme zum Gesetz über die Versorgung der verdrängten Beamten und ehemaligen Berufswalden. Der Entwurf dieses Gesetzes war von der Bundesregierung vorgelegt, vom Bundesrat aber schon vor dem Parlamentsantritt ohne Stellungnahme an den Bundestag weitergeleitet worden, um unnötige Verzögerungen der Materie zu vermeiden. Die Stellungnahme des Bundesrates war inzwischen vom Ausschuß für innere Angelegenheiten des „Oberhauses“ ausgearbeitet worden und konnte nun dem Bundestag und der Bundesregierung nachgereicht werden, nachdem sie mit Mehrheit angenommen worden war.

Niedersachsen und Schleswig-Holstein sprachen sich in der Debatte und bei der Abstimmung nicht nur gegen den Regierungsentwurf, sondern auch gegen die Stellungnahme des Bundesrates aus. Der neue stellvertretende Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Dr. Kraft (BHE), der zum ersten Mal in einem Bundesparlament auftrat, sagte zur Begründung: „Wir verweigern unsere Zustimmung, weil weder im Regierungsentwurf noch in den Empfehlungen die Anerkennung des Rechtsanspruches der vertriebenen Beamten sowie ihre Gleichstellung mit den Beamten in der Bundesrepublik gewährleistet wird.“

Die Empfehlungen des Bundesrates sehen vor, daß das Pensionengesetz auch für Westdeutsche Gültigkeit haben soll. Ferner soll die Regelung, daß 20 Prozent der zu besetzenden Stellen durch Flüchtlingsbeamte ausgefüllt werden müssen, noch „modifiziert“ werden. Der Bundesrat schlägt darüber hinaus vor, daß nicht der 3. Mai 1945 zum Stichtag gewählt wird, da eine große Anzahl von Beamten durch die frühere Kapitulation in einzelnen Gebieten bereits zu einem früheren Zeitpunkt ihr Dienstverhältnis lösen mußten.

Über die dreiprozentige Gehaltssteigerung für alle Beamten im Bundesgebiet will sich der Bundesrat erst später äußern. Die Kürzung war von der Bundesregierung vorgeschlagen worden, um so die Mittel für die Pensionszahlungen nach dem neuen Gesetz bereitstellen zu können. Die Innenminister der Länder hatten sich bereits gegen diese Regelung ausgesprochen.

Ein endgültiger Beschluß des Bundesrates über das ganze Gesetz kann erst erfolgen, sobald der Entwurf als „Rückläufer“ vom Bundestag an den Bundesrat zurückverwiesen wird.

Der Bundesrat nahm ferner folgende Vorlagen an: Gesetzentwurf zur Verlängerung des Preisgesetzes, Gesetzentwurf zur Verlängerung der Geltungsdauer des Bewirtschaftungsgesetzes, Verordnungsentwurf zur Durchführung des Gesetzes über landwirtschaftliche Betriebsabrechnung, Gesetzentwurf zur Behebung der Verteuerung des Kleingärtnerzertifikats, sowie Verordnungsentwurf über Bereitstellung von Lagern und über die Verteilung der in das Bundesgebiet aufgenommenen Deutschen aus den unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Gebieten, aus Polen und der Tschechoslowakei, auf die Länder des Bundesgebietes.

In einer Stunde

Der Bundestag erledigte unter Vorsitz von Vizepräsident Carlo Schmid eine umfangreiche Tagesordnung in einer knappen Stunde. Die Abgeordneten aller demokratischen Parteien lehnten den Einspruch des KPD-Vertreters Walter Fisch gegen seinen Ausschluß ab. Das Haus nahm ferner einen Antrag der CDU an, von der Regierung Verhandlungen mit der alliierten Hohen Kommission über die Freigabe des Flughafens Wahn bei Köln zu erbitten. Wahn soll als Privatflugplatz Verwendung finden.

Mehrere Gesetze wurden ohne Debatte verabschiedet, darunter ein Verlängerungsgesetz des Bewirtschaftungsgesetzes, ein Änderungsgesetz des Konsulargesetzes und das Gesetz über Tabaksteuervergünstigung für gewerbliche Tabakpflanzer in erster Lesung. Ein Antrag der SPD zur Erhaltung der nach Westdeutschland verlagerten sudetendeutschen Bijouterieindustrie fand ebenfalls Zustimmung des Hauses.

Ein Weißbuch Kaisers

Ein neues politisches Treuebekenntnis der Bundesregierung zu den 18 Millionen Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone kündigt Bundesminister Kaiser in einem Weißbuch über die versuchte „Sowjetisierung

des deutschen Landes jenseits der Oder“ an. In dem Weißbuch werden die bevorstehenden Oktoberwahlen in der Deutschen Demokratischen Republik als „verfassungswidrig“ hingestellt. Auf die Bevölkerung werde, so heißt es weiter, ein „starker Wahlterror“ ausgeübt mit dem Ziel, die Ostzone dem Willen der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED gefügig zu machen. Die Verwirklichung dieses Planes solle die Ausgangsstellung für die Sowjetisierung ganz Deutschlands bilden.

Jede Wahl mit Einheitsliste, so betont das Bundesministerium, sei verfassungswidrig. Das Wahlgesetz, das die rechtliche Grundlage für den „Betrug“ bilden solle, sei das „schlimmste Wahlgesetz der Welt“, denn es ermögliche Wahlen, bei denen offen gewählt und geheim gezählt werde. In der Denkschrift wird weiter festgestellt, die Wahlvereinfachungen, Wahlbehinderungen und Wahlbeeinträchtigungen in der Sowjetzone hätten unerträgliche Ausmaße angenommen. Es sei zu erwägen, wie man gegen die Verantwortlichen für diese Delikte vorgehen könne. Vor jedem Gericht müßten schon heute die Wahlen am 13. Oktober als ungesetzlich und ungültig erklärt werden.

Länderchefs bei Adenauer

Bundeskanzler Adenauer empfing am Samstag die Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Länder in Bonn zu einer Aussprache über wichtige politische Probleme. Der Kanzler wird, so verlautet aus seiner Umgebung, dabei die deutschen Hoffnungen auf die New Yorker Außenministerkonferenz streifen und sich bei seinem Bericht vor allem auf das Problem der Sicherheit konzentrieren.

„Das geht Schäffer nichts an!“

BHE-Vorsitzender zum Lastenausgleich. Bonn (UP). Der neue stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister von Schleswig-Holstein, Dr. Kraft, betonte in einer Presseerklärung in Bonn, daß die Verwirklichung des Lastenausgleichs nicht Sache eines Finanzministers sein könne und „Schäffer nichts angeht“. Kraft traf diese Feststellung nicht in seiner Eigenschaft als Finanzminister der Kieler Regierung, sondern als Vorsitzender des „Bündes der Heimatvertriebenen und Entschädigten“.

Er sagte, der Lastenausgleich dürfe nicht mit dem Haushalt zu tun haben, sondern müsse von einer besonderen Behörde abgewickelt werden.

Vor Beendigung des Kriegszustandes

Drei Mächte-Erklärung soll sich auf Gesamtdeutschland beziehen
Nach New Yorker Außenministerkonferenz zu erwarten

London (UP). Aus hiesigen amtlichen Kreisen verlautete, die erwartete Erklärung der drei westlichen Großmächte über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland werde sich nicht nur auf Westdeutschland, sondern auch auf Ostdeutschland und das von der Sowjetunion an Polen abgetretene ostdeutsche Gebiet beziehen.

Die Gewährleute meinten, es sei damit zu rechnen, daß eine solche Erklärung nach der Konferenz der Außenminister Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs in New York herausgegeben werde. Sie dürfte sich auf die Empfehlungen der Studiengruppe aufbauen, die in der vergangenen Woche in London ihren Bericht über Deutschland abschloß. Die Erklärung werde sich aller Voraussicht nach auf das gesamte Gebiet des Deutschen Reiches „vor der Münchener Zusammenkunft“ beziehen — ohne Einschluß Österreichs und des Sudetenlandes.

Es müsse noch entschieden werden, so verlautete aus dieser Quelle, ob die drei Großmächte eine gemeinsame Erklärung abgeben werden, oder ob jede der drei Regierungen entsprechend dem jeweils verschiedenen verfassungsmäßigen Verfahren, eine eigene Erklärung veröffentlichen müsse. Es wurde vorausgesetzt, daß — wenn das letztere Verfahren angewendet werde — dieses bei den USA die meiste Zeit in Anspruch nehmen werde, weil hierzu eine Reihe von Maßnahmen des Kongresses erforderlich seien. In Großbritannien und Frankreich sei demgegenüber das für die Beendigung des Kriegszustandes erforderliche verfassungsmäßige Verfahren wesentlich einfacher.

Zu den Empfehlungen der Studiengruppe verlautete hier von amtlicher Seite, das Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie sei mit einbezogen worden, weil die drei westlichen Großmächte die Abtretung dieses Gebietes an Polen — die einseitig durch die Sowjetunion erfolgt sei — niemals formell anerkannt hätten. Die Ostzone sei eingeschlossen worden, weil die Alliierten sich technisch weder mit der Bundesregierung, noch mit der Deutschen Demokratischen Republik, sondern mit Gesamt-Deutschland im Kriege befunden hätten. Die Entscheidung, daß die Erklärung sich auf Deutschland als Ganzes zu beziehen habe, basiere rechtlich auf der Tatsache des alliierten Sieges, der bedingungslosen Kapi-

Der Lastenausgleich, so fuhr er fort, bilde das Kernstück der Regierungsproklamation der neuen schleswig-holsteinischen Regierung. Er meinte in diesem Zusammenhang, daß er seinen Eingriff in die Substanz für unbedingt notwendig halte. Die neue Kieler Regierung wolle nicht den Einheitswert, sondern den tatsächlichen Wert des Vermögens zur Grundlage von Abgabe und Entschädigung beim Lastenausgleich gelten lassen.

Der Vorsitzende des Lastenausgleichsausschusses des Bundestages, Kunze (CDU), erklärte zu dieser Forderung, Sachverständige aller Parteien seien der Ansicht, daß der Einheitswert die einzige Grundlage für die Bewertung sei. In jedem anderen Fall werde eine umfangreiche Feststellungsaktion notwendig, die den Lastenausgleich verantwortungslos verzögern würde. Er fügte hinzu, daß der vom Bundesfinanzminister vorbereitete Entwurf in allen Punkten den Forderungen des BHE und der Kieler Regierung entspreche. Lediglich in der Frage des Einheitswertes vertrete Schäffer eine andere Meinung.

Teure Abwicklung von Amtsstellen

Hunderttausende DM werden aufgebracht. Bonn (UP). 1.134.700 DM muß der Etat des Bundesinnenministeriums aufbringen, um die im Jahre 1950 entstehenden Unkosten für die Abwicklungsstellen dreier ehemaliger Behörden der Bizone zu bestreiten, an deren Stelle seit einem Jahr Bundesbehörden getreten sind. 32.000 DM braucht hiervon die Abwicklungsstelle für die Berliner Vertretung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 126.000 DM die Abwicklungsstelle des Vorsitzenden des Verwaltungsrates sowie seiner Direktorialkanzlei und 976.500 DM die Abwicklungsstelle für das Personalamt der ehemaligen Bizone.

Bei der Berliner Dienststelle fallen insgesamt 11.000 DM Personalkosten an, bei der ehemaligen Direktorialkanzlei des Oberdirektors für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet 104.800 und beim ehemaligen Personalamt der Bizone 770.700 DM. Nach wie vor erhält der Leiter des in Abwicklung befindlichen Personalamtes als einziger Ministerialdirektor in Bundesdiensten 2400 DM feste Aufwandsentschädigung und weitere 5000 DM gegen Einzelnachweis, wenn er bei seiner sich abwickelnden Dienststelle Aufwendungen im dienstlichen Interesse aus besonderen Anlaß machen muß. Schließlich stehen diesem Personalamt vier Personenkraftwagen mit einem Anhänger zur Verfügung, die einschließlich der Fahrerlöhne 31.300 DM für 1950/51 beanspruchen. Der Personalbestand des Amtes hat sich seit dem Vorjahr von 123 auf 90 vermindert. Trotzdem sind noch 9900 DM zur Neuschaffung von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Büromaschinen vorgesehen.

tulation des deutschen Oberkommandos und der Übernahme der höchsten Autorität in Deutschland durch die Alliierten.

Die von den Westmächten eingesetzte Studiengruppe für Deutschland-Fragen soll sich, wie in London verlautet, über drei wesentliche Empfehlungen geeinigt haben, die wahrscheinlich von den Regierungen der Westmächte akzeptiert werden:

1. Das Besatzungsstatut wird unverändert bleiben und keine zweiseitigen Abkommen darüber werden mit der Bonner Regierung abgeschlossen. Die Alliierten werden weiterhin Sicherheitsangelegenheiten kontrollieren und die alliierte Hohe Kommission wird weiterhin die absolute Souveränität ausüben. Es wird der Bundesregierung gestattet, ein Außenministerium zu errichten und diplomatische Beziehungen mit freundschaftlich gesinnten Staaten aufzunehmen. Das Außenministerium wird aber von der alliierten Hohen Kommission überwacht, die zur Unterzeichnung von Abmachungen mit fremden Ländern vorher ihre Zustimmung geben muß.

2. Zu irgendwelchen Abkommen, wodurch alte Verträge zwischen dem ehemaligen Deutschen Reich und ausländischen Regierungen wieder in Kraft gesetzt werden, ist die vorherige Zustimmung der Hohen Kommission erforderlich.

3. Die Bundesregierung ist die einzige deutsche Regierung, die von den westlichen Alliierten anerkannt wird, und sie wird als der alleinige Sprecher des deutschen Volkes betrachtet.

Über die Verschuldung Deutschlands konnte keine Einigung erzielt werden. Wie verlautet, wünschten die USA, daß die Bundesregierung sämtliche Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches gegenüber den Alliierten übernehme.

An der Gestaltung der amerikanischen Politik mitwirkende hohe Beamte sagten am Freitag voraus, daß bei der New Yorker Konferenz der Außenminister der Atlantikpaktmächte die ersten Schritte in Richtung auf die Bildung einheitlicher Streitkräfte zur Verteidigung Europas unternommen würden. In diesen Streitkräften sollten deutsche Einheiten bis Divisionsstärke und deutsche Offiziere in den gemeinsamen Stäben vertreten sein. Auch deutsche Luftflotteneinheiten seien akzeptierbar, Westdeutschland dürfe aber keine Flugzeuge herstellen.

Paris will Bonn den Weg ebnen

Von Joseph W. Grigg

Korrespondent der United Press

Paris. Frankreich hat in letzter Zeit bei den Bemühungen, seinen einstigen „traditionellen“ Feind, Deutschland, in die westliche Front des „Kalten Krieges“ hineinzuziehen, die Führung übernommen. Der französische Außenminister Schuman reist am kommenden Sonntag nach New York, um dort an der Konferenz der Außenminister der Atlantikpaktmächte teilzunehmen. Bei den Verhandlungen mit seinen Kollegen wird er sich auf Instruktionen seiner Regierung stützen, die vor kaum einem Jahr wohl kein französisches Kabinett überhaupt in Erwägung gezogen hätte. Diese Instruktionen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Zustimmung zu einer Steigerung der westdeutschen Stahlproduktion über ihr zur Zeit genehmigtes Höchstmaß von 11 Millionen Tonnen im Jahr hinaus. Hierdurch soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß Deutschland Rohstahl für die Rüstungsindustrie der Westmächte beisteuern kann.

2. Forderung, daß die Herstellung von Lastkraftwagen, verschiedenen Maschinen und Ausrüstungsgegenständen, die der Aufrüstung des Westens zugutekommen, von deutschen Produzenten übernommen werden. Die Fabrikation von Waffen und Munition soll Deutschland auch weiterhin veragt sein.

3. Zustimmung zu einer Vergrößerung der westdeutschen Polizeitruppe um 30.000 Mann.

4. Zustimmung zur Schaffung eines eigenen Außenministeriums in Bonn. Die Bundesregierung soll ihre eigene Außenpolitik führen dürfen, die allerdings unter ständiger Kontrolle durch die alliierten Hohen Kommissare stehen würde, die notfalls ein Einspruchsrecht hätten.

Die Gründe für diesen Stimmungsumschwung Frankreichs gegenüber seinem Nachbarland lassen sich ohne weiteres auf eine grundlegende Tatsache reduzieren: Gemeinsam mit den anderen westeuropäischen Demokratien fand Frankreich sich zu einem Zeitpunkt, als sich plötzlich die drohende Gefahr eines dritten Weltkrieges erhob, praktisch ohne jede Verteidigung. Seine Regierung erkannte bald, daß die Schaffung eines starken befreundeten deutschen Staates zwischen dem Eisernen Vorhang und der eigenen Ostgrenze für seine Sicherheit unerlässlich sei. Nach wie vor wehrt sich die französische Regierung gegen den Gedanken einer Wiederaufrüstung Deutschlands oder der Schaffung einer neuen deutschen Armee, sie ist aber überzeugt von der Notwendigkeit eines Beitrages der deutschen industriellen Reserven und der deutschen Arbeitskraft zum nordatlantischen Verteidigungssystem.

Seit 1945 hat sich die Einstellung der französischen Regierung gegenüber Westdeutschland weitgehend geändert — mehr als der Durchschnittsfranzose das im allgemeinen erkannt hat. Ein Jahr nach dem Ende des Krieges forderte Frankreich noch die Aufspaltung Deutschlands in eine Anzahl von nahezu selbständigen Staaten, die durch eine lose Föderation miteinander verbunden werden sollten. Es forderte außerdem die politische Abtrennung des Ruhrgebietes und die Autonomie des Rheinlandes innerhalb der erweiterten deutschen Föderation.

Auf der Konferenz der Außenminister der vier Großmächte, die im März 1947 in Moskau stattfand, setzte die französische Delegation sich mit allem Nachdruck dafür ein, daß Deutschland gezwungen werden solle, den größten Teil seiner Kohlenförderung nach Frankreich, Belgien und anderen westlichen Ländern auszuführen. Diese wiederum sollten Deutschland mit dem Stahl versorgen, den es für seine leichte Industrie benötige. Den Umfang dieser Industrie wollte Frankreich ebenfalls vorgeschrieben sehen.

Während der darauffolgenden zwei Jahre lieferte Frankreich den beiden anderen westlichen Großmächten vorzugsweise ein „Rückzugsgesetz“ um die Begrenzung der industriellen Produktion Deutschlands und die Schaffung eines zentralisierten westdeutschen Staates, gegen die es seine Argumente vorbrachte. Nur zögernd fand es sich schließlich zur Zustimmung für die Gründung der Bundesrepublik bereit und nur zögernd stimmte es im April 1949 dem wirtschaftlichen Zusammenschluß seiner Zone mit der von Großbritannien und den USA verwalteten Doppelzone zu.

Die „Straßensperre“ der französischen Opposition wurde erst zu Beginn dieses Jahres nach einer Zusammenkunft Dr. Adenauers mit Schuman endgültig beseitigt. Schuman, der aus Lothringen stammt und die deutsche Sprache ebenso fließend beherrscht wie das Französische, verhandelte von Mann zu Mann mit dem Bundeskanzler. Vier Monate danach — im Mai dieses Jahres — veröffentlichte der

Taegu in größter Gefahr

In Schußweite der feindlichen Artillerie - Schwierige Lage auch bei Masan

Tokio (UP). In amerikanischen militärischen Kreisen erwartet man demnächst heftige Angriffe der Nordkoreaner auf die große Stadt Taegu, den nordwestlichen Angelpunkt der Front. Ebenso erwartet man Angriffe auf Masan im Südwesten. Die nächsten zwei Tage werden kritisch sein, wurde an maßgebender Stelle geäußert, sogar „sehr kritisch“ wie man aus der Entwicklung der Frontlage in den letzten Tagen schließen kann.

Taegu, sowohl von strategischer als auch symbolischer Bedeutung als provisorische Hauptstadt der Republik Südkorea läuft zur Zeit Gefahr, in die Hände der Nordkoreaner zu fallen. Es wird berichtet, daß immer mehr und mehr kommunistische Streitkräfte ungefähr 15 Kilometer nördlich von der Stadt zusammengedrängt werden. Frontberichte melden, daß Truppen der ersten amerikanischen Kavalleriedivision sich innerhalb von 48 Stunden zum dritten Mal zurückziehen mußten. Sie haben neue Verteidigungsstellungen bezogen, die jetzt nur noch sechs bis acht Kilometer von der bedrohten Hauptstadt entfernt liegen. Auch südwestlich von Taegu sind die Nordkoreaner bis auf elf Kilometer an die Stadt herangekommen. Die Stadt liegt jetzt in Schußweite der Artillerie der Nordkoreaner. Die Tatsache, daß Taegu bisher noch nicht besetzt wurde, wird damit erklärt, daß die Kommunisten unter Nachschubschwierigkeiten leiden. Am Freitagabend gruben sich die Einheiten der ersten amerikanischen Kavalleriedivision in dem durch Regen aufgeweichten Gelände auf einer Linie fünf Kilometer südlich von Waegwan am Nakdong-Fluß und etwa 15 Kilometer nordwestlich bis nordöstlich Taegu ein.

Die Nordostflanke der UN-Truppen in Korea wurde am Freitag bei strömendem Regen von den kommunistischen Angreifern beträchtlich zurückgeworfen. Drei nordkoreanische Divisionen griffen ununterbrochen mit Panzerunterstützung an. Die südkoreanischen

Streitkräfte mußten sich an der Front zwischen Pohang und Yongchon an drei Stellen zurückziehen, auch der Flugplatz Pohang wurde heftig angegriffen, ebenso die Straße, die in westlicher Richtung nach Yongchon führt.

UP-Korrespondent Robert Bennyhoff berichtet aus der Stadt Kyongju, etwa 25 Kilometer südlich Pohang, daß die Flanken der UN-Truppen rechts und links von der Rückzugsstelle bedroht sind. Die Front scheint dort noch keine festen Formen angenommen zu haben. Man nimmt an, daß sie ungefähr acht Kilometer nördlich von Kyongju verläuft. Damit wären die Kommunisten von Norden her bis auf 75 Kilometer an den Nachschubhafen Pusan herangekommen. Radio Pyongyang meldete am Freitagmittag, daß die Nordkoreaner die Stadt Yongchon, den wichtigen Straßen- und Eisenbahnknotenpunkt eingenommen haben.

An der Südrift wurde die Bevölkerung von Masan evakuiert und in der Gegend bei Pusan untergebracht. In der Stadt hatten sich Partisanen bemerkbar gemacht. Ein nordkoreanischer Angriff westlich von Masan konnte abgewiesen werden.

Das schlechte Wetter verhinderte zum größten Teil jede Lufttätigkeit. Dagegen wurde von seiten des alliierten Flottenkommandos die Zerstörung von 18 nordkoreanischen Schiffen bekanntgegeben.

Prag über US-Verluste

Radio Prag meldete ohne eine Quelle zu nennen, die amerikanischen Truppen in Korea hätten bisher Verluste von 15 000 Gefallenen, 45 000 Verwundeten und 1500 Gefangenen erlitten.

Der holländische UN-Delegierte von Balluseck teilte dem Generalsekretär der UN mit, daß seine Regierung ein Truppenkontingent von mindestens zwei - möglicherweise drei - vollausgerüsteten Infanteriekompagnien für Korea anbiete.

französische Außenminister den historischen Plan, der seinen Namen trägt und die vollständige Zusammenlegung der Kohlen- und Stahlindustrien der beiden Länder vorsteht.

Seit jener Zeit hat die französische Regierung unter dem Druck der weltweiten Krise ständig auf eine enge Annäherung der beiden Nationen hingearbeitet. Selbst General de Gaulle - einst der scheinbar unversöhnliche Gegner Deutschlands - zählt heute zu den entschiedensten Befürwortern enger und freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Ob Frankreich noch einen Schritt weiter gehen und auch einer Wiederaufrüstung Deutschlands zustimmen könnte, erscheint heute noch ungewiß. Die öffentliche Meinung Frankreichs ist Deutschland heute noch nicht wohlgesinnt. Eine französische Regierung, die der Aufrüstung Deutschlands zustimmte, würde zum gegenwärtigen Augenblick ihren Bestand aufs Spiel setzen. Der Einschuß eines Frankreich wohlgesinnten deutschen Staates in das westliche Verteidigungssystem aber ist zu einem fundamentalen Stück der französischen Außenpolitik geworden.

Ausbau der Auslandsvertretungen

Einrichtung von 26 Generalkonsulaten

Bonn (UP). Insgesamt 26 Generalkonsulate beabsichtigt die Bundesregierung im Laufe der nächsten Monate neben den bereits in Dienst befindlichen vier in Paris, New York, Rom und London einzurichten. Davon sollen zwei in der Schweiz, zwei weitere in den USA, ein weiteres in Italien (Mailand), eines für Mittelamerika in Panama und die anderen in verschiedenen Hauptstädten europäischer und außereuropäischer Länder tätig sein.

Besatzungslasten sind viel zu hoch

Schäffer fordert baldige Senkung

Bonn (UP). Eine Senkung der Besatzungslasten, damit das Bundesgebiet seine Kräfte für die Verteidigung des Westens frei machen könne, fordert Bundesfinanzminister Dr. Schäffer in einem Memorandum, das dem Bundesministerien, dem Bundestag, den Finanzministern der Länder und dem Finanzausschuß des Bundesrates übermittelt wurde. Darin gibt Schäffer die Gesamthöhe der Besatzungskosten in diesem Jahr mit 4 048 583 500 D-Mark an. Schäffer betonte, die Unterhaltung alliierter Streitkräfte im Bundesgebiet habe heute im wesentlichen den Zweck, das Bundesgebiet zu schützen und seine Kräfte für die gesamteuropäische Verteidigung in irgendeiner Form nutzbar zu machen.

Peiping fordert Gehör im Sicherheitsrat

Chinesische Kommunisten wollen Abzug der UN-Truppen aus Korea

Tokio (UP). Die Regierung der chinesischen Volksrepublik in Peiping hat jetzt die Forderung gestellt, bei der Beratung ihrer Beschlüsse im Sicherheitsrat gehört zu werden.

Die offizielle kommunistische Nachrichtenagentur „Neues China“ veröffentlichte über den Rundfunk eine Information aus „autoritativer Quelle in Peiping“, in der es heißt: Der Vorschlag des amerikanischen Delegierten im Sicherheitsrat, Austin, daß eine indisch-schwedische Kommission zur Untersuchung der Zwischenfälle gebildet werde, sei „ungesetzlich“, da China keine Gelegenheit gegeben werde, seine Beschwerde vor dem Sicherheitsrat zu vertreten. Die „autoritative Quelle“ in Peiping forderte, daß die „amerikanische Aggression“ in Korea vom Sicherheitsrat verurteilt werde und den Abzug der amerikanischen Truppen aus Korea. Dadurch könne eine friedliche Regelung der Korea-Frage erzielt werden.

Edmund Sabott:

Der Angeklagte schweigt . . .

Copyright by Verlagshaus Eutlingen GmbH & Spörer

Charlotte Maltitz hatte in dem kleinen Eckzimmer, das im Ostflügel des Gutshauses lag, den Frühstückstisch gedeckt und wartete mit unruhiger Spannung auf die Rückkehr ihres Vaters. Heute früh beim Morgenkaffee hatte sie ihn gedrängt, nach Schönbuch zu den Lönnes hinüberzufahren und sich zu erkundigen, was an den Gerüchten wahr sei, die seit gestern hier umliefen. Es wurde erzählt, daß die Hauptverhandlung gegen Hans von Lönne, den jüngeren Bruder ihres Gutsnachbarn, in der nächsten Woche beginnen sollte. Der Staatsanwalt werde Anklage wegen Mordes erheben, und eine Verurteilung sei so gut wie gewiß. Genaueres wußte jedoch niemand, und Charlotte mochte auch nicht fragen, weil sie sich nicht dem Verdacht aussetzen wollte, Partei zu ergreifen für einen Mann, der unter einer so schweren Anklage stand.

Maltitz, ihr Vater, mochte die Lönnes auf Schönbuch nicht. Seit Alfred von Lönne, der jetzige Herr, dort regierte, hatte er die nachbarlichen Beziehungen, die früher so eng gewesen waren, fast gänzlich abgebrochen.

Als Charlotte ihn heute drängte, zu ihnen zu fahren, sah er sie zunächst an, als müßte ihm zu tun, was ihm gegen Ehre und Selbstachtung ging. Dann sagte er mit mürrischem Gesicht nein. Was diese verdammte Geschichte ihn angehe? Mochten sie in Berlin morden oder tötenschießen, wen und woviel sie wollten, mochten sie Lönne verurteilen oder freisprechen, er habe nichts damit zu tun und danke Gott dafür. Mit aufgehobenen Händen sträubte er sich dagegen, bei dem Herrn Bruder drüben auf Schönbuch zu hängen, wie es

in Berlin stehe. Er wisse nichts und wolle auch nichts wissen! Also basta und Schluß damit!

Charlotte ließ ihn reden. Sie wußte, er war mit ihrem Vorschlag doch schon halb einverstanden. Sonst hätte er nach seinem Nein nicht noch soviel Worte gemacht.

Sie deutete an, daß er Hans von Lönne einstmals doch sehr gern gemocht habe. Mit dessen Vater sei er sogar befreundet gewesen. Noch wisse niemand, was wirklich geschehen sei, trotz allem Gerede; daß aber Hans von Lönne gemordet, also aus niederträchtigen, schlibigen und gemeinen Gründen einen Menschen umgebracht habe, zumal einen, der ihm nahegestanden habe wie ein Freund, wie ein Bruder sogar - nein, nie und nimmer könne er das glauben! Genau so wenig wie die! Es sei undenkbar, unmöglich, ganz und gar widersinnig!

Maltitz sah sie schief von der Seite an, und seine dicken eisgrauen Augenbrauen waren gerunzelt. Ein so leidenschaftlicher Ausbruch war etwas Ungewöhnliches bei ihr. Ihre Stimme zitterte erregt und erstikte plötzlich.

„So sehr hängt du also noch an dem Jungen?“ fragte Maltitz halb mitteilid, halb vorwurfsvoll.

Sie errötete. „Ich mache mir Gedanken über ihn! Du etwa nicht? Kennen wir ihn nicht von klein auf? Herrgott, es muß doch auch dir zu schaffen machen, Vater, daß man solche Anklage gegen ihn erhebt!“

„Kann ich sie aus der Welt schaffen, wenn ich meine Nase reinstecke?“

„Nein, aber . . .“

„Oder kann ich ihm helfen?“

„Ja, das können wir! Und wenn wir ihm nur zeigen, daß wenigstens wir ihn noch nicht verurteilt haben wie die andern, wie sein eigener Bruder sogar!“

Maltitz brummte etwas Unverständliches. Nach einer Weile sagte er: „Wie willst du denn wissen, was aus einem Menschen werden kann

und was er zu tun imstande ist, wenn es um einen Haufen Geld und obendrein noch um ein Frauenzimmer geht? Und hier ist es um beides gegangen: um Geld und um ein prächtiges Luderchen von Weib . . . Nein, nein, ich will nichts davon hören!“

Schließlich aber war er doch nach Schönbuch gefahren. Zwar hatte er es ihr nicht ausdrücklich zugesagt, aber als sie ihm nachsah, wie er in dem kleinen Jagdwagen mit dem alten Schroth auf dem Kutschbock davonfuhr, beobachtete sie, wie er sich kurz vor dem Tor aufrichtete und Schroth etwas zurief. Darauf bog der Wagen auf der Chaussee nach links ab, und das bedeutete, daß er nach Schönbuch fuhr. Charlotte stmete erlöst auf, als wäre schon die Gewißheit, die ihr Vater mitbringen würde, eine Erleichterung.

Sie wartete nun auf seine Rückkehr.

Obwohl das Wetter in diesen letzten Apriltagen wieder kühl und regnerisch geworden war, hatte sie das Fenster geöffnet, um das Geklapper des heimkehrenden Wagens nicht zu überhören.

Immer wieder, wenn ein Geräusch hörbar wurde, blickte sie hinaus über die breite Steineichenallee hinweg zu dem grauen Torbogen, der den Besitz nach dieser Seite abschloß.

Während Charlotte untätig an dem offenen Fenster stand und in den grau umwölkten Himmel emporsah, dachte sie wieder an Lönne und wie ihm zu helfen sei. Das Bild seiner Zelle, das sie sich tausendmal in den vergangenen vier Monaten seiner Untersuchungshaft ausgemalt hatte, erschien ihr wieder.

Wie hatte er einstmals diese heimatische Landschaft geliebt, ihre unabsehbare Weite, den starken Wind, der über sie hinwegstrich, den Regen, der auf sie niederging, den hohen Himmel, der sich über sie wölkte! Die vier Monate der Haft mußten ihn zerstört haben.

Als Charlotte kurz nach Neujahr von seiner Verhaftung gehört hatte, war sie überzeugt

über die wir an anderer Stelle berichten, ist der „Bund für Bürgerrechte“ erstmals an die breite Öffentlichkeit getreten. Die örtlichen Gesellschaften, die sich zu diesem Bund zusammengeschlossen haben, sind meist schon seit längerer Zeit an der Arbeit.

In der Frankfurter Wallbüdn erschienen über 400 Bürger zu einer Versammlung, die von der „Gesellschaft zur Wahrung der Grundrechte“ (Mannheim-Heidelberg) einberufen worden war, um den Schutz der Grundfreiheiten zu fordern. — Wenn ein Rechtschänder in Südbaden einen staatlichen Verwaltungsakt anfechten will, kann er vor der Entscheidung des Verwaltungsgerichts keinen Aufschub des Vollzugs erwirken, während dies in anderen Bundesländern möglich ist. Professor W. Grewe, der Vorsitzende der Gesellschaft für Bürgerrechte in Freiburg, hat deshalb bei der badischen Regierung eine entsprechende Regelung beantragt. — In Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe haben die Bürgerrechts-Gesellschaften öffentliche Sprechstunden eingerichtet, in denen alle Bürger Rat finden und gegen behördliche Übergriffe geschützt werden.

Die im Grundgesetz verbrieften Freiheiten können nur durch uns alle geschützt werden. Deshalb entstanden im ganzen Bundesgebiet diese Vereinigungen, die instinktiv und treffsicher die Grenzen zwischen Staatsmacht und Bürgerfreiheit aufzeigen wollen. Erst dann, wenn wir das Staatswesen ohne Mißtrauen und Furcht betrachten können, werden wir es mit Liebe und Stolz das unsere nennen. So ist es schließlich wieder der Staat selbst, dem wir einen Dienst erweisen, wenn wir seine Entartung zum Oberrichtsstaat verhüten.

Auch den Parlamenten wollen die Bürgerrechts-Gesellschaften Anregungen geben. So hat die Frankfurter Gesellschaft beim badischen Landtag beantragt, daß endlich die Staatsmittel bewilligt werden, die für die Verwirklichung der verfassungsmäßigen Lernmittelfreiheit in den Schulen notwendig sind.

Durch den Anschluß an die internationale Bürgerrechtsbewegung können Deutsche in einen Austausch der Vereinten Nationen gewählt werden, schon ehe die Bundesrepublik offiziell aufgenommen ist. Im Rahmen der deutschen Selbstverwaltungs-Einrichtungen kommt den schon an vielen Orten bestehenden Bürgerrechts-Gesellschaften zweifellos eine große Bedeutung zu, die durch die Frankfurter Tagung erstmals öffentlich demonstriert wird. J. L.

Dr. Heinemann bei Adenauer

Aussprache soll die Entscheidung bringen

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer und Innenminister Dr. Heinemann werden am Samstag erneut zu einer persönlichen Aussprache über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zusammenkommen. In politischen Kreisen Bonn wird erwartet, daß diese Zusammenkunft eine endgültige Entscheidung im Konflikt zwischen Adenauer und Heinemann herbeiführen wird.

Nach immer kein Schiedsspruch

Einigungsformel noch nicht gefunden

Bonn (UP). Nach mehr als fünfjährigen Beratungen ist es dem in Remagen tagenden Schiedsgericht noch immer nicht gelungen, eine Einigungsformel für die Beilegung des Bauarbeiterstreiks zu finden.

Zunächst war für Freitag vormittag der endgültige Schiedsspruch in Aussicht gestellt, doch haben erneute Schwierigkeiten eine Beschlußfassung des Gerichtes verhindert. Nach Informationen aus dem Bundesarbeitsministerium hat sich wiederum eine der an den Verhandlungen beteiligten Gruppen zu einer internen Besprechung abgesondert und es ist zu erwarten, daß sich die Konferenzen zum fünften Mal bis in die tiefe Nacht hinein ausdehnen wird.

gewesen, er sei das Opfer von Mißverständnissen geworden, die sich rasch aufklären würden. Heute zweifelte sie nicht mehr daran, daß er einen Menschen getötet hatte. Aber wie es dazu gekommen war, das war ihr auch heute noch ein schreckliches Rätsel.

Es hatte damit begonnen, daß vor ungefähr einem Jahr bei einer festlichen Zusammenkunft verschiedener Gutsbesitzer aus der Umgebung im „Märkischen Hof“ zu Kreßlitz davon gesprochen worden war, daß das Gut Altenlinden wieder einmal den Besitzer wechseln sollte. Altenlinden grenzte nicht unmittelbar an Grabow, und Charlotte achtete nicht auf die Gespräche. Große Teile des ehemals sehr ausgedehnten Gutes waren in den Jahren nach dem Weltkrieg verkauft, verschleudert oder verpachtet worden, und heute bestand Altenlinden eigentlich nur noch aus dem Schloß, dem schönen, alten Park, den verfallenden Gewächshäusern und den Leutewohnungen, die größtenteils leerstanden. Wer Altenlinden kaufte und wieder bewohnbar machen wollte, mußte eine Menge Geld hineinstecken und durfte nicht hoffen, jemals Nutzen daraus zu ziehen.

Auf die Gespräche im „Märkischen Hof“ wurde Charlotte erst aufmerksam, als sie hörte, daß Hans von Lönne den Kauf vermittelt haben sollte. War er etwa unter die Makler gegangen? Sie erfuhr, daß der Käufer ein schwerreicher Ausländer sein sollte.

Es dauerte nicht lange, da hielten ganze Scharen von Handwerkern, Gärtnern und anderen Leuten in Altenlinden Einzug. Auf Geld schien es dem neuen Herrn tatsächlich nicht anzukommen. In der Phantasie der Bekannten Charlottes schwoll sein Reichum immer märchenhafter an. Manche hatten ihn schon gesehen: einen alten, grauhaarigen und kränkelich wirkenden Mann mit einer jungen, auffallend schönen Frau. Charlotte lachte darüber, denn es klang alles so übertrieben.

Fortsetzung folgt.

Umschau in Karlsruhe

Dr. Neuscheler wurde Belasteter

Karlsruhe (Jwb). Die Berufungskammer bei der Zentralspruchkammer in Karlsruhe hat den ehemaligen Hauptschriftleiter beim „Führerverlag“ in Karlsruhe, Dr. Neuscheler, in die Gruppe der Belasteten mit zwei Jahren Arbeitslager eingereiht. Dreißig Prozent seines Vermögens werden eingezogen. Die Arbeitslagersühne gilt als veräußert, da der Betroffene zweieinhalb Jahre in einem Arbeitslager war.

Bundespräsident übernahm Ehrenpatenschaft

Sch. Karlsruhe. Bundespräsident Heuss hat für das siebte Kind der Eheleute Hauser in der Landkreismairie Forchheim, sowie für das siebte Kind der Eheleute Julius Fabry in der Landkreismairie Spöck, die Ehrenpatenschaft übernommen. In beiden Gemeinden wurden den Ehepaaren durch die dortigen Bürgermeister eine Ehrenurkunde nebst einem Geldgeschenk überreicht.

Kleintierhaltung in Karlsruhe eingeschränkt

Karlsruhe (Jwb). Die Karlsruher Stadtverwaltung hat für das Stadtgebiet mit Ausnahme der ländlichen Stadtteile das Halten von Schweinen und Hühnern grundsätzlich verboten. Das Halten von Kaninchen und Geflügel aller Art mit Ausnahme von Hühnern wurde widerruflich gestattet, wenn eine Bestätigung der Nachbarn ausgeschlossen ist. Bevor die Stadtverwaltung dieses Verbot erließ, hatte sie die Bevölkerung im Amtsblatt über ihre Ansicht befragt. In den daraufhin eingegangenen Zuschriften hatten sich 70 Prozent für ein Verbot der Kleintierhaltung und 30 Prozent für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes ausgesprochen.

Kundgebung für Altbaden

Karlsruhe. In einer Kundgebung der Badener sprach am Donnerstag Landtagspräsident Person, Freiburg. Er führte eindringliche Argumente über die Methoden an, mit denen die Anhänger des Südwesstaats die Vereinigung der Länder Württemberg und Baden herbeiführen wollten. Vor allen Dingen kritisierte er das Vorgehen der Südwesstaaler gegen den südbadischen Präsidenten Wohleb. Den Vorwurf des Separatismus in Baden wies er entschieden zurück.

Als zweiter Redner sprach Prof. Schück, Stadtrat der SPD-Fraktion in Heidelberg. Wenn man heute so viel von Föderalismus spreche, habe man jetzt die Gelegenheit, diese Worte zu verwirklichen, meinte der Redner. Man solle nicht in den Zentralismus verfallen. Bereits nach dem 1. Weltkrieg war die Frage der Zusammenlegung Württemberg und Badens akut. Damals hätten sich sämtliche politischen Parteien Badens dagegen gewehrt. Er führte weiter aus, daß Baden das Land des Ausgleichs, der Brücke zwischen den Völkern sei. Die Besetzung des Landratspostens von Sinheim durch einen Württemberger wäre das beste Beispiel dafür, wie die Aussichten für Baden in einem

Südwesstaats lägen. Nach einem Überblick auf die Geschichte Badens in der immer eine gesunde politische Koalition bestanden habe, wies er auf die badische Verwaltung hin, in der nie Korruption geherrscht habe. Nach der Neubildung des Landes Baden sollten nur 4 Minister und 50 Landtagsabgeordnete gewählt werden. Er widerlegte die Behauptung, daß Badens Wirtschaft für die Erhaltung des Landes nicht ausreichend wäre.

Mus der badischen Heimat

Mannheimer OB beschwert sich über Lügen

Mannheim (Jwb). Der Mannheimer Oberbürgermeister Heimerich hat sich in einem Schreiben an den Karlsruher Bürgermeister Heurich über ein Flugblatt der Altbadener beschwert, das in Mannheim verbreitet wurde und nach Ansicht Dr. Heimerichs „nur Lügen“ enthält. In dem Flugblatt werden die Mannheimer in Verbindung mit der Ankündigung einer Versammlung der Altbadener aufgefordert, daran zu denken, daß sie in den vergangenen Zeiten milderes Dosenfleisch zugegottelt erhalten hätten, während man in Württemberg gutes Frischfleisch verzehrt habe. Auch werde der Mannheimer Hafen bewußt zu Gunsten schwäbischer Interessen benachteiligt. Die Anstiftung großer Betriebe

in Baden werde verhindert, da man schwäbische Industrieinteressen gefährdet sehe. Der Karlsruher Bürgermeister wird in dem Brief Dr. Heimerichs gebeten, er solle Regierungsdirektor Kühn, der Redner auf der angekündigten Versammlung, veranlassen, von diesen Lügen deutlich abzurücken.

Das „Unternehmen Regenbogen“

Heidelberg (UP). Im Heidelberger Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Europa berichteten amerikanische Stabsoffiziere vor alliierten und deutschen Korrespondenten über das „Unternehmen Regenbogen“, ein Manöver, das am kommenden Montag beginnt, eine Woche dauern wird und an dem neben amerikanischen Land-, See- und Luftstreitkräften auch britische und französische Landtruppen und Pfliegerverbände teilnehmen. Insgesamt werden rund hunderttausend Mann den Angriff eines imaginären Feindes aus dem Osten abwehren. Das „Unternehmen Regenbogen“ beginnt mit einem Angriff aus dem Osten. Die Verteidiger werden sich rasch auf vorbereitete Verteidigungsstellungen zurückziehen, den Angriff zum Stehen bringen und schließlich zum Gegenangriff antreten, mit dem der Angreifer zurückgeschlagen werden soll.

Was wird der Landtag beschließen?

Ältestenrat empfiehlt keine Änderung des Wahlgesetzes

Stuttgart (Jwb). Der Ältestenrat des württemberg-badischen Landtags erklärte nach einer Sitzung in einer Verlautbarung, er könne dem Landtag nicht empfehlen, das vorläufig abgelehnte württemberg-badische Landtagswahlgesetz entsprechend der Bedingungen der Hohen Kommission abzuändern.

Die Hohe Kommission hatte bekanntlich mitgeteilt, daß das Landtagswahlgesetz solange nicht genehmigt werde, bis die Landesregierung dafür georgt habe, daß alle in den Landtag gewählten Richter, Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes ohne Rücksicht auf die Wichtigkeit ihrer Stellung in den Wartestand treten, ehe sie ihr Mandat antreten. Der Artikel 10 des abgelehnten Wahlgesetzes enthält demgegenüber die Vorschrift, daß nur Beamte des Landes sowie einer landesunmittelbaren Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts, die Hoheitsbefugnisse in leitender Stellung ausüben, vor Annahme der Wahl in den Landtag ihre Veretzung in den Wartestand beantragen müssen.

In der Mitteilung des Ältestenrates heißt es, es erscheine ihm im 6. Jahre nach Kriegsende und im Hinblick auf die gegenwärtige politische Situation psychologisch und politisch nicht tragbar, sich den „aufgestellten Bedingungen“ zu unterwerfen. Der Landtag habe bei der Beratung des Landtagswahlgesetzes bestimmte Beamtenkategorien von der gleichzeitigen Amts- und Mandatsausübung ausgeschlossen. Für eine Regelung, die über diese Bestimmungen hinausgehe, könne

er weder eine sachliche Notwendigkeit noch eine staatsrechtliche Verpflichtung anerkennen.

Der Ältestenrat richtete an den württemberg-badischen Landeskommissar Gross die Frage, ob er in der Lage sei, eine persönliche Aussprache von Vertretern der württemberg-badischen Landesregierung und des Landtags mit dem Rat der alliierten Hohen Kommission zu vermitteln. Der württemberg-badische Innenminister sei bereit, gleichzeitig mit der Bundesregierung Fühlung zu nehmen, um auch auf diesem Wege eine sachliche Aussprache mit dem Rat der alliierten Hohen Kommission herbeizuführen. Der Ältestenrat beschloß ferner, den Landtag vor Ablauf der vorgesehenen Landtagsferien auf den 13. September zu einer Sitzung einzuberufen, auf der die vorläufige Ablehnung des Landtagswahlgesetzes durch die alliierte Hohe Kommission besprochen werden soll. Die Neuwahl des württemberg-badischen Landtags, die durch das nunmehr abgelehnte Landtagswahlgesetz geregelt werden soll, ist von der würt-bad. Regierung bereits vor einigen Wochen auf 19. Nov. festgesetzt worden.

Bedenkliche Zumutung

Der württemberg-badische Landtagspräsident Keil erklärte dazu vor Pressevertretern, der Landtag wolle versuchen, die Hohe Kommission in direkten Verhandlungen zum Verzicht auf ihren Einspruch gegen das vorläufig suspendierte Landtagswahlgesetz für Württemberg-Baden zu bewegen. Begründete Aus-

sicht dafür bestehe, daß die Hohe Kommission von ihrem Standpunkt abgehen werde. Der Vorsitzende der DVP in Württemberg-Baden und Vorsitzende der Landtagsfraktion der DVP, Dr. Hausmann, erklärte, der würt-badische Landeskommissar Gross habe darauf hingewiesen, daß der Hohe Kommissar McCloy streng an dem Grundsatz der Gewaltentrennung festhalte. Es sei nicht damit zu rechnen, daß die Hohe Kommission ihre Auffassung über das württemberg-badische Wahlgesetz ändern werde.

Wie Präsident Keil weiter mitteilte, hat Landeskommissar Gross die Ablehnung des Landtagswahlgesetzes durch die Hohe Kommission damit begründet, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer der Hohen Kommission versprochen habe, die Frage der Beamtenmandate werde nach den Wünschen der Alliierten im endgültigen Beamtengesetz des Bundes geregelt werden. Der württemberg-badische Landtag sei aber nicht verpflichtet, bei seinen Handlungen Besprechungen zwischen dem Bundeskanzler und der Hohen Kommission zu berücksichtigen. Für ihn seien allein die württemberg-badische Verfassung und das Grundgesetz maßgebend. Das Landtagswahlgesetz verstoße jedoch gegen keine Bestimmung dieser beiden Gesetzeswerke. Der Landtagspräsident sagte weiter, nur unter Druck der früheren Militärregierungen sei in das Grundgesetz der Artikel 137 aufgenommen worden, der besage, daß die Wählbarkeit von Beamten gesetzlich beschränkt werden könne. Obgleich diese Kann-Vorschrift für die Länder nicht bindend sei, habe der Landtag, wiederum unter Druck der Alliierten, in dem Landtagswahlgesetz eine genau begrenzte Einschränkung des passiven Wahlrechts der Beamten mit Hoheitsbefugnissen aufgenommen. Wenn man sämtliche Beamten und Angestellten nach dem Willen der Hohen Kommission von der Wählbarkeit praktisch ausschalte, so werde dies zu einer geistigen Verarmung des Landtags führen.

Der Bundeskanzler antwortete

Kein Bundesland soll benachteiligt werden

Stuttgart (Jwb). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat dem württemberg-badischen Ministerpräsidenten Dr. Maier in einem Schreiben mitgeteilt, daß bei der Verteilung der Mittel für das zweite Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung keines der Bundesländer benachteiligt werde.

Dr. Adenauer hat damit ein Schreiben des württemberg-badischen Ministerpräsidenten beantwortet, in dem sich die Landesregierung über die Benachteiligung Württemberg-Badens bei der Verteilung der Mittel aus dem ersten Arbeitsbeschaffungsprogramm beschwert hatte. Dr. Adenauer betont, das zweite Arbeitsbeschaffungsprogramm, das im Herbst anlaufen soll, werde voraussichtlich auf Grund der inzwischen eingetretenen konjunkturellen Entwicklung zum Teil zurückgestellt werden. Er könne aber jetzt schon sagen, daß die Mittel des zweiten Arbeitsbeschaffungsprogramms nicht nach Ländern, sondern nach regionalen gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten verteilt werden.



Gold Dollar Cigaretten
» das echte Seemannskraut «